



patient-informiert-sich.de

Die Frage nach Würde und Wertigkeit in der Medizin

Teil 3 – Parteien Koalitionen und ihre Entscheidungen – Mai 2009

An alle Bürgerpatienten: Wehren wir uns! Weder unsere niedergelassenen Ärzte noch wir Bürger haben die Möglichkeit konstruktiv mitzuwirken. Die Rahmenbedingungen, an denen alles was Arzt und Patient betrifft gekoppelt ist, werden vom Gesetzgeber entschieden.

Im Bundestagswahljahr 2009 werden wir von Politikern mit Klarstellungen, Versprechungen, Erklärungen, Änderungen, Entscheidungen nach der Wahl überzogen. Das Wahlkampfespektakel läuft an. Leider wird von einzelnen Politikern zu oft nach dem Motto, was interessiert mich mein Geschwätz von gestern, vorgegangen.

Die Bürgerinitiative patient-informiert-sich hat sich zur Aufgabe gemacht, die gesellschaftliche Debatte über die Zukunft unseres Gesundheitssystems loszutreten. Dazu gehört im Thema – was verspricht wer - der Blick auf die politischen Entscheidungen der letzten 20 Jahre.

Welche Partei und Koalition hat was, wann verabschiedet. Dieser Blick ist sehr ernüchternd! Vorab Kurzinfos von 1977 – 2007!

Vorschau auf Teil 4: Detaillierte Fortsetzung politischer Entscheidungen bis 2009 und deren Folgen für Arzt und Patient!

Renate Hartwig

Meine Artikel und Recherchen sind durch das Urheberrecht geschützt! Mit genauer Quellenangabe können sie zitiert und weiter gegeben werden. RH

Gesundheitsreformgesetz

Leistungskürzungen

1977 Krankenversicherung-Kostendämpfungsgesetz (Koalition SPD / FDP)	Erhöhte Zuzahlungen für Arznei-, Verband- und Heilmittel; Reduzierung der Zuschüsse bei Zahnersatzleistungen; die freie Wahl des Krankenhauses wurde eingeschränkt
1982 Kostendämpfungsgesetz (Koalition CDU / CSU / FDP)	Erhöhte Zuzahlung für Sehhilfen und erneut für Arznei-, Verband- und Heilmittel; bei Zahnersatz wird nur noch 60% der Leistung erstattet
1983 Kostendämpfungsgesetz (Koalition CDU / CSU / FDP)	Einführung der Beitragspflicht für Krankengeld zur Renten- und Arbeitslosenversicherung; Erneute Anhebung der Zuzahlung für Arznei-, Verband- und Heilmittel- Einführung von Eigenbeteiligung bei Krankenhausbehandlung
1989 Gesundheitsreform (Koalition CDU / CSU / FDP)	Gestaffelte Zuzahlung bei Arznei- und Verbandmitteln: bis 30 DM = 3 DM Zuzahlung, bis 50 DM = 5 DM Zuzahlung, über 50 DM = 7 DM Zuzahlung; Ausweitung der Zuzahlung beim Krankenhausaufenthalt auf 11 DM pro Tag bis zu 14 Tage.
1994 Gesundheitsreform (Koalition CDU / CSU / FDP)	Änderung der Zuzahlung für Arznei- und Verbandmittel wie für kleine Packungen 4 DM, für mittlere Packungen 6 DM, für große Packungen 8 DM; Anhebung der Zuzahlung bei Krankenhausaufenthalt auf 12 DM per Tag für 14 Tage
1997 Beitragsentlastungsgesetz (Koalition CDU / CSU / FDP)	Streichung des Zuschusses für Brillengestelle; Senkung des Krankentagegeldes auf 70% bzw. maximal 90% des Nettoeinkommens; Anhebung der Eigenbeteiligung bei Kuren; Streichung der Zahnersatzleistungen für Kinder und Jugendliche, die nach 1978 geboren wurden; erneute Anhebung der Zuzahlung für Arzneimittel auf je nach Packungsgröße 9 DM, 11 DM oder 13 DM; Anhebung der Eigenbeteiligung beim Krankenhausaufenthalt auf 17 DM in Westdeutschland und Ostdeutschland 14 DM; Festlegung des Eigenanteils bei Verbandsmitteln auf 9 DM; für Fahrtkosten 25 DM, für Heilmittel 15%
1999 Solidaritätsstärkungsgesetz (Koalition SPD / Grüne)	Reduzierung der Zuzahlung bei Arzneimitteln je nach Packungsgröße auf 6 DM, 9 DM, 10 DM; Festlegung auf 50% Erstattung beim Zahnersatz
2000 Gesundheitsreform (Koalition SPD / Grüne)	Einführung einer Positivliste für Arzneimittel und Streichung von Leistungen für medizinisch umstrittene Arzneimittel; Einführung eines Globalbudgets für die Ausgaben der GKV; Neuordnung der ärztlichen und zahnärztlichen Vergütung sowie der Krankenhausfinanzierung
2004 Gesundheitsmodernisierungsgesetz (Koalition SPD / Grüne)	Einführung einer Praxisgebühr von 10 € im Quartal; Zuzahlung bei Arznei-, Hilfs- und Verbandmitteln von 10% des Preises mit einer Begrenzung auf mindestens 5 € und maximal 10 €; Anhebung des Eigenanteils bei stationärer Versorgung auf 10 € pro Tag bis zum 28 Tag- Entbindungs- und Sterbegeld wird ganz gestrichen; für Heilmittel und häusliche Pflege müssen 10 % des Preises sowie 10 € je Verordnung selbst getragen werden.
2005 Gesundheitsmodernisierungsgesetz (Koalition CDU / CSU / SPD)	Streichung von Tagegeld und Zahnersatz; Beitragssatzerhöhung von 0,5% für die Versicherten alleine ohne Arbeitgeberzuschuss
2007 Gesundheitsreformgesetz (Koalition CDU / CSU / SPD)	Einführung von Wahltarifen der GKV; Einführung der Pflicht zum Abschluss einer Krankenversicherung für alle Bürger; Regelungen von mehr Wettbewerb zwischen Pharmaunternehmen und Apothekern.